



E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

per E-Mail an recht-post@e-control.at

recht@energieallianz.at
Wien, 12.02.2026

Stellungnahme der ENERGIEALLIANZ Austria GmbH zum Begutachtungsentwurf der Wechselverordnung 2026 (WVO 2026)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die ENERGIEALLIANZ Austria GmbH bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme und darf wie folgt ausführen:

Allgemein darf an dieser Stelle angemerkt werden, dass die nachfolgenden Äußerungen insbesondere der Verbesserung der Verständlichkeit, Lesbarkeit und Anwendbarkeit der WVO 2026 einschließlich ihrer Erläuterungen und Anhang dienen. Mehrere Passagen des Entwurfs bergen diverse Auslegungsrisiken wie unklare Adressierungen, redundante Definitionselemente, zirkuläre Verweisungen, uneinheitliche Begriffe sowie sonstige redaktionelle Fehler. Wir schlagen daher eine grundlegende Überarbeitung des Verordnungsentwurfs, dessen Erläuterungen und des Anhangs durch eine zielgenaue Präzisierung der betroffenen Bestimmungen vor, um Fehlinterpretationen zu vermeiden und die Anwendungssicherheit der Verordnung insbesondere im Hinblick auf die Prozesse der Wechselplattform zu gewährleisten.

Zu § 1 (Anwendungsbereich)

Zu Abs 1: Der Anwendungsbereich bedarf einer Präzisierung, da der Wortlaut „Neuanmeldung und Abmeldung“ keine eindeutige Zuordnung des Regelungsgegenstandes ermöglicht. Dahingehend unklar ist, wer konkret adressiert wird – bloß der Endkunde oder ebenfalls die Anlage sowie der Zählpunkt. Es bleibt zudem offen, ob ausschließlich ein Lieferantenwechsel oder gleichermaßen ein Aggregatorenwechsel gem. § 26 EIWG erfasst werden soll. Zur Wahrung der Rechtssicherheit wird demnach angeregt, den Regelungsgegenstand genauer zu konkretisieren.

Zu § 2 (Begriffsbestimmungen)

Zu Z 6: Der derzeitige Wortlaut der Definition der Neuanschaffung „Abschluss eines Energielieferungsvertrages im Zusammenhang mit einem neuen Netzzugangsvertrag“ erfasst nicht sämtliche in der Verordnung vorgesehenen Fallkonstellationen. Die Begrifflichkeit der Abmeldung iSd § 2 Z1 tritt die Verknüpfung der beiden Verträge (Energieliefervertrag und Netznutzungsvertrag) als und/oder-Regel auf. Die Definition der Neuanschaffung nach § 2 Z 6 verwendet hingegen bloß die Formulierung "im Zusammenhang mit einem neuen Netzzugangsvertrag", die als eine und-Verknüpfung auszulegen ist. Diese Abweichung ist missverständlich und sollte demnach konkretisiert werden.

Die Erläuterungen zu §§ 15 und 16 führen zudem an, dass die Neuanschaffung sowohl Anlagen in Betrieb als auch Anlagen außer Betrieb umfasst. Nach dem derzeitigen Wortlaut der Neuanschaffung gem. § 2 Z 6 werden Anlagen, die bereits in Betrieb sind, nicht erfasst. Sie verfügen bereits über einen Netzzugangsvertrag und schließen daher keinen neuen Netzzugangsvertrag ab. Diese Fälle fallen somit nicht unter die Definition der Neuanschaffung. Die bestehende Formulierung beschränkt daher den Anwendungsbereich faktisch auf jene Anlagen, die derzeit nicht in Betrieb sind. Zur vollständigen Abdeckung aller in der Verordnung geregelten Szenarien der Neuanschaffung ist eine klarere und umfassendere Formulierung erforderlich.

Zu Z 7: Der definierte Begriff „Online-Bevollmächtigung“ ist im derzeitigen Verordnungsentwurf nicht enthalten und sollte angesichts dessen aus den Begriffsbestimmungen entfernt werden. Sollte der Begriff dennoch beibehalten werden, ist eine entsprechende Anpassung des Wortlautes im Verordnungstext zwingend notwendig.

Zu Z 9: Die Einführung eines zusätzlichen Lieferantenbegriffs („registrierter Lieferant“) erscheint entbehrlich und erzeugt eine unnötige Komplexität, zumal er nur in einer Bestimmung (siehe § 13) vorkommt. Hinzukommend ist der Begriff des registrierten Lieferanten bloß für ein sehr geringes Zeitfenster relevant, da dieser gemäß der Definition in § 2 Z 14 nur bis zum Wechseltermin, das heißt jenem Tag an dem der neue Lieferant die Lieferungen beginnt, gültig ist. Konsistenter ist es beim Begriff „neuer Lieferant“ zu verbleiben, ergänzt um den Hinweis, dass dieser registriert ist.

Zu Z 10: Der Begriff „registrierter Wechseltermin“ ist im derzeitigen Verordnungsentwurf nicht enthalten und sollte angesichts dessen entsprechend im Verordnungstext angepasst werden, da aufgrund der Ähnlichkeit zum Wortlaut in Z 14 („Wechseltermin“) das Risiko einer Verwechslung besteht und der gegenwärtige Rechtstext ohne Präzisierung keine klare Abgrenzung zulässt. Weiters ist die derzeitige Definition des „Registrierten Wechseltermins“ aufgrund der doppelten Begriffserläuterung „Wechseltermin“ und der zirkulären Fristsetzung „bis zum Wechseltermin“ unnötig komplex und sprachlich redundant. Zur Steigerung der

Rechtssicherheit und Lesbarkeit wird empfohlen, den ersten Begriff „Wechseltermin“ in der Begriffsbestimmung zu streichen oder ihn durch „Zeitraumen“ zu ersetzen.

Zu § 3 (Einleitung, Durchführung und Fristenlauf der Verfahren)

Zu Abs 1 und 3: Soweit Verfahren an jedem Kalendertag beginnen können und die Fristen ausschließlich in Arbeitstagen bemessen sind, ist klarzustellen, dass bei Verfahrensbeginn an einem Wochenend- oder Feiertag der Fristlauf erst mit dem nächstfolgenden Arbeitstag einsetzt. Für in Stunden bemessene Fristen ist festzuhalten, dass der Beginn der Stundenfrist nur mit Einlagen innerhalb des im Anhang 1.1 angeführten Zeitrahmens erfolgt. Außerhalb davon (an einem Wochenend- oder Feiertag) ruht der Fristenlauf. Die Fristenregelungen als Gesamtes sind äußerst unübersichtlich ausgestaltet und beeinträchtigen aufgrund von Auslegungsunsicherheiten eine einheitliche Anwendung in der Praxis.

Zu § 5 (Verweigerung der Durchführung der Verfahren)

Zu Abs 1 Z 4: Die Formulierung des Entwurfs, indem der Netzbetreiber die Durchführung des Verfahrens „bei einer rechtlichen Bevollmächtigung“ verweigern darf, stellt einen redaktionellen Fehler dar, da die Verweigerung des Verfahrens an das Vorliegen einer rechtlichen Bevollmächtigung knüpft. Die Verweigerung des Verfahrens setzt anstelle voraus, dass keine rechtliche Bevollmächtigung besteht.

Zu § 8 (Zählpunkt- und Endkundenidentifikation)

Zu Abs 5: Es ist naheliegend, dass die Textpassage aufgrund eines redaktionellen Versehens an die falsche Stelle gerutscht ist, zumal ihr Inhalt deckungsgleich mit § 9 Abs 4 ist bzw. inhaltlich dem falschen Adressaten zugeordnet wurde. Der Regelungsinhalt ist anstelle des Netzbetreibers fälschlicherweise an den aktuellen Lieferanten adressiert, welcher im Datenübermittlungsprozess zur Zähl- und Endkundenidentifikation nicht eingebunden ist. Diese Unstimmigkeit ist entsprechend zu korrigieren.

Zu § 10 (Vorläufige Wechselanfrage)

Zu Abs 1: An dieser Stelle liegt ein Leerverweis (Verweis auf § 10) vor, einschlägig ist allerdings § 8. Weiters ist mangels Präzisierung des Begriffs „Tage“ nicht bestimmt, ob die Fristbemessung auf Arbeitstage oder Kalendertage abstellt. Diese Unklarheit sollte durch eine explizite Begriffskonkretisierung beseitigt werden.

Zu § 11 (Einwand aus zivilrechtlichen Gründen)

Zu Abs 2: Da § 11 Abs 2 von einer „unverbindlichen Wechselanfrage“ spricht, § 10 Abs 1 jedoch vorsieht, dass eine Wechselanfrage sowohl unverbindlich als auch verpflichtend sein kann (insbesondere dann, wenn der Endkunde die Zählpunktbezeichnung nicht kennt), ist die verwendete Terminologie unzutreffend. Der Begriff ist daher entsprechend auf „vorläufige Wechselanfrage“ anzupassen.

Zu § 13 (Stornierung des technischen Wechsels)

Zu allen Abs: Mangels eindeutiger Festlegung des Registrierungszeitpunktes bleibt offen, ab welchem Zeitpunkt ein Wechsel als registriert anzusehen ist. Während des technischen Wechsels gem. § 12 Abs 2 wird lediglich die Registrierung des Wechseltermins adressiert. Die Definition gem. § 2 Z 10 verweist auf den Zeitraum zwischen Abschluss des technischen Wechsels, welcher binnen 24 Stunden zu erfolgen hat, und des Wechseltermins, welcher den Lieferbeginn durch den neuen Lieferanten darstellt. Zur Vermeidung von Fehlinterpretationen ist die terminologische Trennung zwischen „registriertem Wechsel“ und „registriertem Wechseltermin“ ausdrücklich festzuhalten. Die derzeitige Definition und die einschlägigen Verfahrensbestimmungen lassen den konkreten Registrierungszeitpunkt offen und begünstigen eine Vermischung beider Begriffe.

Zu Abs 1 und 3: In der gegenständlichen Verordnung werden mehrfach Informationspflichten des Lieferanten gegenüber dem Endkunden normiert. Für derartige Regelungen besteht jedoch keine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage im EIWG. Das EIWG weist der Behörde keine Kompetenz zu, zusätzliche oder abweichende Verpflichtungen des Lieferanten gegenüber Endkunden durch Verordnung festzulegen.

Zu Abs 2: Mangels Konkretisierung in den Erläuterungen und im Anhang bleibt offen, unter welchen Bedingungen das „Vorliegen der Voraussetzungen“ anzunehmen und somit der registrierte Wechsel zu stornieren ist. Hinsichtlich der Verwechslungsgefahr zur Begrifflichkeit des registrierten Wechsels wird auf die vorstehenden Erläuterungen verwiesen.

Zu § 15 (Neuanmeldung einer Anlage durch den Lieferanten)

Zu Abs 5: Die derzeitige Wortwahl „Lieferant“ ist nicht hinreichend bestimmt und birgt die Gefahr der Verwechslung mit dem bisherigen Lieferanten. Es sollte daher insbesondere im Sinne der Kontinuität ausdrücklich „neuer Lieferant“ angeführt werden. Ebenfalls dürfen wir hinsichtlich der Informationspflichten des Lieferanten gegenüber dem Kunden auf unsere obige Anmerkung zu § 13 Abs 1 und 3 verweisen.

Zu § 16 (Neuanmeldung einer Anlage durch den Netzbetreiber)

Zu Abs 2: Wir dürfen hinsichtlich der Informationspflichten des Lieferanten gegenüber dem Kunden auf unsere obige Anmerkung zu § 13 Abs 1 und 3 verweisen.

Zu Abs 3: Der Entwurf normiert weder eine Mitteilungspflicht des Kunden noch Rechtsfolgen für den Fall, dass der Netzbetreiber mangels Information keine Kenntnis über den beschriebenen Umstand erlangt. Gleichfalls ungeklärt bleibt, welche Konsequenzen eintreten, wenn der Kunde seiner Pflicht, bis zum nächsten Arbeitstag einen Lieferanten zu benennen, nicht nachkommt. Insbesondere fehlt eine Aussage dazu, ob der Netzbetreiber in solchen Konstellationen vorläufig Energie liefert (als Local Player), eine automatische Lieferantenzuweisung gem. § 33 EIWG erfolgt oder es gänzlich zu einer anderen Vorgehensweise kommt.

Zu §§ 15 und 16

Der Entwurf lässt offen, ob bei gleichzeitigen Neuanmeldungen gemäß §§ 15 und 16 eine Sperrfunktion aufgrund von Verfahrensüberschneidungen (gem. § 5 Abs 1 Z 2) vorgesehen ist und ab welchem Zeitpunkt eine derartige Überschneidung vorliegt. Mit „Sperrfunktion“ ist ein technischer und prozessualer Mechanismus gemeint, der sicherstellt, dass der Netzbetreiber, sobald er Kenntnis von einer bereits eingeleiteten Neuanmeldung erhält, weitere Neuanmeldungsprozesse für denselben Zählpunkt nicht mehr zulassen kann. Der laufende Prozess würde damit für die Dauer seiner Abwicklung exklusiv sein und konkurrierende Verfahren ausschließen. Klarzustellen ist demnach, ob die Sperrfunktion bereits mit Einleitung des Neuanmeldungsprozesses einsetzt oder erst ab jenem Zeitpunkt, zu dem der neue Lieferant bzw. der Netzbetreiber die Anmeldung bestätigt. Wird keine Sperrfunktion ausgelöst, bleibt hingegen unklar, wie mit mehreren parallelen Neuanmeldungen zu verfahren ist und welche als vorrangig zu behandeln wäre.

Zu den Erläuterungen der Wechselverordnung 2026

Zu § 2 (Begriffsbestimmungen)

Zu Z 6: Da die sogenannte „Ersatzversorgung“ inhaltlich der Auffangversorgung entspricht, ist eine zusätzliche Nennung überflüssig und hat entsprechend zu entfallen. Sofern inhaltlich die zusätzliche Anführung der Grundversorgung gemeint war, wäre dies eindeutig zu benennen und entsprechend zu ergänzen.

Zu § 10 (Vorläufige Wechselanfrage)

Zu Abs 1: Zur Vermeidung von Auslegungsunsicherheiten und zur Sicherstellung eines einheitlichen Verständnisses des Fristenlaufs regen wir an, in den Erläuterungen zumindest ein konkretes Anwendungsbeispiel mit eindeutig datierten Kalendertagen sowie einem Feiertag unter der Woche aufzunehmen. Ein derartiges Beispiel würde die Berechnung von in Arbeitstagen bzw. in Stunden bemessenen Fristen klar nachvollziehbar machen und etwaigen Interpretationsspielräumen wirksam vorbeugen.

Zu § 19 (Sonstige Abmeldegründe)

Zu Abs 3: Wir dürfen auf unsere obige Anmerkung zu § 2 Z 6 verweisen.

Zum Anhang der Wechselverordnung 2026

Zu 1.4 Informationen des Endkunden über den aktuellen Stand des Verfahrens:

In der gegenständlichen Verordnung werden mehrfach Informationspflichten des Lieferanten gegenüber dem Endkunden normiert. Für derartige Regelungen besteht jedoch keine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage im EIWG. Das EIWG weist der Behörde keine Kompetenz zu, zusätzliche oder abweichende Verpflichtungen des Lieferanten gegenüber Endkunden durch Verordnung festzulegen.

Wir dürfen diesbezüglich ebenfalls zu 2.5.1, 2.5.2, 2.6.2 und 3.2.1 auf unsere obige Anmerkung zu 1.4 verweisen.

Zu 2.4.1 Einleitung: Es ist klarzustellen, dass keine gesonderte Bevollmächtigung durch den Kunden für die Änderung des Mess- und Übertragungsintervalls zu übermitteln ist, da die hierfür erforderliche Rechtsgrundlage bereits durch die ursprüngliche Vollmacht vollständig abgedeckt wird. In den einschlägigen Bestimmungen sollte daher eine ausdrückliche Konkretisierung aufgenommen werden, wonach die einmal erteilte Bevollmächtigung sämtliche damit verbundenen Prozessschritte umfasst und keine erneute oder zusätzliche Übermittlung einer weiteren Vollmacht erforderlich ist.

Wir dürfen diesbezüglich ebenfalls zu 2.5.2, 3.2, 3.2.2 und 3.3 auf unsere obige Anmerkung zu 2.4.1 verweisen.



Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

ENERGIEALLIANZ Austria GmbH